



Stellungnahme der FDP-Fraktion zum Haushalt 2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holzwarth,
sehr geehrte Herren Bürgermeister Sailer und Haas,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Haushalte der Kommunen stehen seit Jahren unter Druck. Dies ist keine Winnender Besonderheit; das Land und der Bund haben ebenfalls eine angespannte Haushaltslage.

Ein Sozialstaat hat Grenzen und diese Grenze ist deutlich erreicht.

Als Freie Demokraten ist es uns wichtig, dass **Jede/r Verantwortung für sein eigenes Handeln übernimmt, wir nicht über unsere Verhältnisse leben und Schulden nicht an die nächste Generation weitergereicht werden.** Dazu gehören auch Schulden, die ausgelagert in sogenannten städtischen Eigenbetrieben schlummern.

An dieser Stelle möchten wir ausdrücklich honorieren, dass die Stadtverwaltung und allen voran die Verwaltungsspitze sehr bemüht war, schon vor den Haushaltsplanberatungen drastische Einsparmaßnahmen in den eigenen Reihen durchzusetzen, um die Verschuldung deutlich zu drücken. Das dies zum Teil schmerzliche schwierige Prozesse waren, ist uns durchaus bewusst. **Aus unserem liberalen Grundverständnis hätten wir weitere gleichmäßig verteilte Budgetkürzung im Haushalt bevorzugt, um die nun kommende Gewerbesteuererhöhung und deutliche Grundsteuererhöhung B gänzlich zu verhindern!**

Denn, Betriebe und Eigentümer werden die höheren Steuern an ihre Kunden und Mieter weitergeben und die Preisspiral heizt sich weiter an. Das ist nicht die Lösung, sondern Teil des Problems. **Steuererhöhungen können nie die Antwort auf strukturelle Probleme sein. Deutschland ist bereits weltweit in der Spitzenklasse von Steuern- und Abgaben.** Die Verschuldung der Kommunen hängt maßgeblich an externen Faktoren. Natürlich läuft auch

in Winnenden nicht immer alles rund und wir als FDP-Fraktion sind bekannt dafür, dass wir vor allem städtische Bauvorhaben wegen zu hohen Kosten oft kritisch sehen. Doch Winnenden steht insgesamt eigentlich gut da. **Unsere Stadt ist eine lebenswerte und lebendige Stadt mit einer vielfältigen engagierten Stadtgesellschaft!** In den vergangenen Jahren wurde viel investiert, um die Stadt kontinuierlich weiter zu entwickeln! *Mehr geht natürlich immer, doch wer eine Forderung stellt, muss auch erklären, wie es finanziert wird.*

Doch was sind diese externen Faktoren, die nun die Verschuldung antreiben? Nun, seit Jahren werden Anschubfinanzierungen von Bund und Land geleistet, beispielsweise beim Ausbau der Kinderbetreuung, der Schulsozialarbeit oder im Integrationsbereich. Aber läuft die Finanzierung nach ein paar Jahren aus, gibt es keine weitere bzw. eine nicht ausreichende Unterstützung und die Kommune muss die Kosten selbst stemmen.

Beim Thema **Flüchtlingsunterbringung** fühlte sich die Verwaltungsspitze und der Gemeinderat in diesem Jahr sogar genötigt einen Brandbrief zu verfassen, in dem erklärt wurde, dass die Kommunen bei der Flüchtlingsunterbringung mit dem Rücken zur Wand stehen und den Ansturm – auch finanziell nicht mehr stemmen können. Trotz eines sehr gut aufgestellten Integrationsmanagements der Winnender Stadtverwaltung ist das eine enorme Herausforderung. Zelt- und Containerunterbringung, wie nun in Höfen auf dem Sportplatz angedacht, können keine Lösung sein und die Kritik der Anwohner ist nur allzu verständlich. Der Neubau von sozialem Wohnraum für die Anschlussunterbringung ist im Übrigen teuer.

Diese Art des Aufschreis braucht es auch bei der Bildung- und Betreuung, die einen Drittel des Winnender Haushalts ausmacht. Dazu kommen noch Fachkräftemangel, Kostensteigerungen und sehr hohe Lohnabschlüsse.

Der Staat hat eigentlich kein Einnahmeproblem, sondern ein Ausgabenproblem - sprich der Staat übernimmt immer mehr - vor allem soziale - Aufgaben, die eigentlich in der Verantwortung des Einzelnen liegen müssten. Hier braucht es ein Umdenken!

Wenn der Haushalt begrenzt ist, gilt es, **mit vollem Eifer die Pflichtaufgaben zu erfüllen** und **freiwillige Aufgaben** – zwar sehr oft wünschenswerte und auch tolle Projekte – **zurückzustellen bzw. zu streichen.**

Zu den Pflichtaufgaben in Winnenden gehört zu oben Genanntem auch die **Feuerwehr**. Wir sind froh, dass hier in den letzten Jahren deutliche Anstrengungen unternommen wurden, um diese gut aufzustellen und entsprechend auszurüsten. Darauf werden wir auch in Zukunft achten. Gerade die jüngste Brandanschlagserie in Winnenden hat gezeigt, dass die Bevölkerung stolz auf ihre **Blaulichtfamilie** sein kann. Den vielen ehrenamtlich Engagierten und Hauptamtlichen gilt unser aller Dank und Respekt, denn im Notfall ist auf sie Verlass!

Ab 2026 soll nun der Rechtsanspruch für Grundschul Kinder auf **Ganztagschule** erfolgen. Ähnlich wie beim Rechtsanspruch für Kleinkinder und Kindergarten Kinder, stehen hier die Kommunen wieder vor großen Herausforderungen! Abgesehen davon, dass derzeit die Lehrerinnen und Lehrer fehlen und die pädagogischen Betreuerinnen und Betreuer, um dieses Vorhaben mit entsprechendem Personal zu unterlegen, müssen nun die Kommunen in den Umbau von Grundschulen investieren, um ein entsprechendes Raumprogramm mit Mittagsessensmöglichkeit, Bewegungsmöglichkeiten usw. bereit zu stellen. Viele Familien wollen ihre Grundschul Kinder aber gar nicht den ganzen Tag in der Schule betreut wissen, sondern den Nachmittag lieber frei gestalten beispielsweise mit Musik oder Sport. Andere Familien sind auf dieses soziale Netz angewiesen. Die Umwandlung einer Grundschule zur Ganztagschule braucht daher eine breite Akzeptanz in der Elternschaft und klar ist auch, dass dies nicht in jeder Grundschule und in allen Stadtteilen angeboten werden kann.

Ja, wir sind für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, aber **die Erziehung der Kinder obliegt laut Grundgesetz den Eltern und nicht dem Staat!** Und das ist auch gut so. *Wir sind für Wahlfreiheit von Familien, die unterschiedliche Lebensentwürfe haben, aber nicht für staatliche Bevormundung, wie Bildung und Betreuung für das einzelne Kind auszusehen hat.* Ein flexibles Betreuungsmodell kann nur funktionieren, wenn Vereine, die Volkshochschule, die Musik- und Kunstschule und weitere Akteure von Anfang an eng mit eingebunden werden – was derzeit schon oft gut gelingt. Hier gibt es viele weitere Synergieeffekte, die genutzt werden müssen.

Zu den wichtigsten Weisungsaufgaben gehört in Winnenden auch die Aufgaben der unteren Baurechtsbehörde, beispielsweise die **Bearbeitung von Bauanträgen**. Nachdem in den vergangenen Jahren dank niedriger Zinsen ein Bauboom festzustellen und das entsprechende Amt oft stark überlastet war, ist die Branche nun merklich abgekühlt und die

eigenen vier Wände für viele Menschen in weite Ferne gerückt. Dennoch hält die Flut der Beschwerden, die an uns Gemeinderäte herangetragen werden, an. Fast immer wird eine **zu lange Bearbeitungszeit moniert, sowie überbürokratisches Handeln**. Auch das Schlagwort Digitalisierung wird genannt; so manche Personalie fällt häufiger auf als andere. Dabei ist die Kritik nicht nur von Bauträgern zu hören, sondern auch von privaten Bauherren und anderen in der Baubranche Tätigen – auch über Winnenden hinaus.

Damit wir uns richtig verstehen, uns geht es nicht um ein „Bashing“ eines einzelnen Amtes, gar einer einzelnen Person oder die Suche nach „*DEM Schuldigen*“ - ganz im Gegenteil! Winnenden hat sich engagiert auf den Weg der Digitalisierung gemacht und ist in diesem Bereich Vorreiter, was wir ausdrücklich loben und unterstützen! Hier gibt es sicher noch weiteren Optimierungsbedarf bis Prozesse rund laufen. Aber der eingeschlagene Weg ist richtig und hat unsere volle Rückendeckung!

Dennoch müssen nun auch noch andere strukturelle Themen angegangen werden, damit eine gute Führung, ein positives und wertschätzendes Arbeitsklima für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sowie eine **sehr zügige und vor allem pragmatische Bearbeitung von Bauanträgen** – die sich am Wohle der Bürgerinnen und Bürger orientiert – umgesetzt werden können. Das muss die Anstrengung und der Maßstab von allen sein – also eine *Teamaufgabe* für die Verwaltungsspitze, das Fachamt und den Gemeinderat. Wir regen einen **runden Tisch** an, der zeitnah und regelmäßig stattfinden sollte.

Die Verschuldung in unseren Tochterunternehmen Stadtwerke und Stadtbau müssen wir stärker in den Blick nehmen. Hier gilt es – besonders beim Eigenbetrieb Stadtbau – nach Alternativen zu schauen, wie **bezahlbarer Wohnraum** noch zu schaffen ist. Die Konjunkturdelle in der Baubranche eröffnet hier günstige Möglichkeiten, um Kooperationen einzugehen und beispielsweise Grundstücke im Erbpachtverfahren günstig anzubieten. Best Practice Modelle gibt es in Winnenden bereits. Daher beantragen wir eine getrennte Abstimmung des Wirtschaftsplans Eigenbetrieb Stadtbau im Anschluss.

Wir begrüßen, dass Teile der Innenstadt als Sanierungsgebiet ausgewiesen wurden. Dies gibt uns in den kommenden Jahren die Möglichkeit Fördergelder zu beantragen, um **notwendige Entwicklungen zur Attraktivierung der Innenstadt** und eine **Neuordnung der Wiesenstraße** vorzunehmen, sowie eine **Verbesserung der Verkehrswege** (Fuß-/ Rad-/ Autoverkehr) zu

gestalten. Für uns Freie Demokraten ist dabei wichtig, dass Verkehrsteilnehmer nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen miteinander ausgehandelt werden.

In den vergangenen Jahren wurde in Winnenden sehr viel bewegt und vorangebracht. **Die Stadtentwicklung hat einen guten Verlauf genommen trotz vieler Krisen und Herausforderungen in den letzten Jahren.** Dies ist vor allem auch unserer Verwaltungsspitze und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung zu verdanken, denen an dieser Stelle unser Dank für die geleistete Arbeit gilt. Wir bedanken uns auch bei den Kolleginnen und Kollegen für die vertrauensvolle und faire Zusammenarbeit hier im Gremium. Auch wenn manchmal verschiedene Weltanschauungen aufeinanderprallen - was das Wesen einer Demokratie ist - so schätzen wir den respektvollen Umgang miteinander.

Winnenden blieb in der Vergangenheit verschont, von extremen Parteien im Gemeinderat, sei es von rechts oder von links oder gar radikal-religiös motiviert. Das muss auch in Zukunft so bleiben. **Nicht der Zeitgeist darf bestimmen, was auf der Agenda steht, sondern was der Stadt und den Menschen zum Besten dient.** Winnenden soll in den kommenden Jahren geprägt sein von Einheit, Frieden, Sicherheit und Prosperität, in dem das Gute herrscht und das Böse entlarvt wird.

Dafür setzen wir uns auch in 2024 ein!

Für die FDP-Fraktion

Nicole Steiger, Fraktionsvorsitzende